

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII 14

Bonn, den 26. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- 1a

Dreimal "Atmosphäre"

Zum Moskauer Abkommen über das Verbot der Atomwaffenversuche
Von G. Markscheffel

2

Unrechtsanwalt des Mittelalters

35

Was sagt die Anwaltschaft zu ihrem merkwürdigen Vertreter?
Bemerkungen zu einer Fernsehsendung
Von Karl Wittrock

3

Lückes Wohnraum-Statistik ist lückenhaft

44

SPD-Abgeordneter Hauffe fragt den Minister
Statistisches Landesamt Bayern entschuldigt sich:
"Über Elendswohnungen wurde weggesehen"!

4 - 7

Vor entscheidenden Wahlen in Griechenland

85

Um die Zukunft der Demokratie
Von Dr. B. P. Mathiopoulos

6

Moskau - einmal ohne "große Politik"

43

Restaurants und Cafés werden modern
Von Rudolf Hornig

Chefredakteur Günter Markscheffel

Dreimal "Atmosphäre"

Zum Moskauer Abkommen über das Verbot der Atomwaffenversuche
Von G. Markscheffel

Die in Moskau getroffene Vereinbarung zwischen den USA, der Sowjetunion und Großbritannien über das Verbot von Kernwaffenversuchen ist geeignet, die Atmosphäre der Welt in dreifacher Hinsicht zu verändern.

Zunächst im physikalisch-medizinischen Sinne. Die Atomwaffenversuche der letzten Jahre haben die Atmosphäre vergiftet. Den Wissenschaftlern in Ost und West - und nicht nur ihnen - graut es, wenn sie daran denken, welche Folgen die Fortsetzung von Atomwaffenversuchen für die Menschheit haben würde. Noch streiten sich die Geister über das mögliche Ausmaß von Verseuchungserscheinungen, deren Generationen von Lebewesen ausgesetzt sein können. Einig ist man sich jedoch in der Feststellung, daß durch den Stopp unvorstellbares Unglück abgewendet werden kann. Auch ohne den unmittelbaren militärischen Einsatz der atomaren Vernichtungsmittel stand die Welt bereits vor einem schauderhaften Abgrund.

Diese Gefahr ist zunächst gebannt, und man darf hoffen, daß die Atomwaffenbesitzer bald auch zu einer Vereinbarung über das Verbot von unterirdischen Versuchen gelangen werden.

* * *

Eine zweite atmosphärische Veränderung als Folge der Vereinbarungen von Moskau ist im übertragenen Sinne zu erhoffen. Wir meinen die politische Atmosphäre, die unter anderem auch durch das jahrelange ergebnislose Verhandeln über die Einstellung der Kernwaffenversuche belastet worden war. Natürlich regiert auch heute noch das Mißtrauen die Welt. Aber es ist ein Unterschied, ob die Menschheit damit rechnen muß, auch ohne unmittelbare kriegerische Verwicklungen in die Verseuchung hineingehetzt zu werden, oder ob sie an die Lösung ihrer Probleme in dem Bewußtsein herangehen kann, daß wenigstens an einem Punkt die Vernunft zum Durchbruch gekommen ist.

Bereits am Dienstag kommender Woche wird in Genf der Abrüstungsausschuß des UNO-Sicherheitsrates mit seinen 7 Mitgliedstaaten wieder zusammentreffen. Das Abkommen von Moskau wird ohne Zweifel die Arbeiten dieses Ausschusses im positiven Sinne beeinflussen, denn bisher

26. Juli 1963

scheiterten. Alle Versuche, zu kontrollierten Abrüstungsvereinbarun-
gen zu gelangen, an dem negativen Verlauf der Verhandlungen über die
Einstellung der Atomwaffenversuche.

Es ist verständlich, wenn sich seit gestern in den Chor der posi-
tiven Stimmen zu der Moskauer Vereinbarung auch Töne der Skepsis mi-
schen. Man weiß nur zu gut, daß e i n e Schwalbe noch keinen Sommer
macht und daß in Moskau noch keineswegs das Ende des allgemeinen Welt-
atstrüstens beschlossen wurde. Aber auch hier darf wohl von der Über-
zeugung ausgegangen werden, daß eine Schwalbe besser ist als gar keine
und daß sich in einer schon e t w a s gereinigten Atmosphäre mehr
Chancen für die Lösung anderer Probleme bietet als die permanente Fort-
setzung ihrer Vergiftung.

* * *

Nun gibt es nicht nur bei uns, sondern auch im Weltmaßstab politi-
sche Gruppen und Mächte, die mit dem Ergebnis von Moskau nicht ein-
verstanden sind. Der Außenminister unseres Nachbarstaates Frankreich,
im Land, mit dem wir in Freundschaft verkunden sind, hat schon Don-
nerstagabend erklärt, Frankreich fühle sich an keinerlei Vereinbarun-
gen der Atomwaffenmächte gebunden, es werde sein Atomprogramm unbeirrt
fortsetzen, "da der Vertrag von Moskau lediglich darauf abzielt, den
Unterschied zwischen den Ländern, die eine Bombe haben und denen, die
keine haben, einzufrieren". Aus P e k i n g dringt zu uns ein ähn-
liches Echo.

So bietet sich uns also eine "dritte Atmosphäre" dar, die nicht in
die beiden anderen atmosphärischen Strömungen hineinpaßt. An der Peri-
pherie des europäischen und des asiatischen Kontinents sind die ent-
scheidenden Mächte offenbar gewillt, gegen die Grundstimmung der übrige-
ren Welt den Mensch ins Ungewisse mit ihrer eigenen Atom Bombe anzutren-
nen. Jede dieser Mächte verfolgt damit einen anderen Zweck und doch tröf-
fen sich beide - so merkwürdig es erscheinen mag - in einem gemeinsamen
Ziel. Sie wollen, jener im westlichen, dieser im östlichen Bereich, die
anderen Mächte der Welt zwingen, ebenfalls als Atomgroßmacht anerkannt
zu werden.

Noch ist es nicht soweit, aber doch sind jetzt schon alle politi-
schen Kräfte in der Welt, für die der Kampf um die Erhaltung des Frie-
dens nicht nur ein taktisches Manöver im eigenen Machtbereich ist, auf-
gerufen, sich gemeinsam gegen neu entstehende Konflikte zur Wehr zu
setzen. Die Vereinten Nationen könnten und sollten das Forum sein, vor
dem sich in einem edlen Wetustreit um die Sicherung des Friedens die
Kräfte messen.

+ + +

Unrechtsanwalt des Mittelalters

Was sagt die Anwaltschaft zu ihrem merkwürdigen Vertreter?

Bemerkungen zu einer Fernsehsendung

Von Karl Wittrock

Kürzlich unterrichtete das Deutsche Fernsehen die Hörer seiner Panorama-Sendung, daß es in Köln einen Rechtsanwalt gibt, der einen "Verein zur Wiedereinführung der Todesstrafe" gegründet hat. Viele, die diese Sendung sahen, empfanden es als bedenklich, daß ausgerechnet ein Rechtsanwalt einen Verein zur Änderung der Verfassung gegründet hat. Schlechthin empörend und skandalös aber ist es, wie der Kölner Anwalt sich die Vollstreckung der von ihm verlangten Todesurteile vorstellt. Erschießungseinheiten der Bundeswehr oder den Angehörigen Ermordeter soll nämlich nach seinen Vorschlägen diese Aufgabe übertragen werden. Es ist der Geist, des Mittelalters, der aus diesem merkwürdigen Anwalt des Rechts spricht.

Das Deutsche Fernsehen hatte einen Sprecher der Bundeswehr sowie Angehörige eines ermordeten Mädchens um Stellungnahme zu den Vollstreckungsvorschlägen des Rechtsanwalts gebeten. Den Ausführungen des Leiters des Truppenamtes der Bundeswehr war tiefe Ablehnung über den unglaublichen Vorschlag des Rechtsanwalts zu entnehmen, und in gleicher Weise wiesen die Angehörigen eines ermordeten Kindes jeden Gedanken an Blutrache und Selbstjustiz zurück.

- * Interessant wäre es, wenn man erfahren könnte,
- * was die Organisationen der Rechtsanwaltschaft
- * zu den erwähnten Vorschlägen des Kölner In-
- * rechtsanwalts zu sagen haben.

Es gibt eine Bundesrechtsanwaltsordnung, nach deren § 43 von einem Rechtsanwalt verlangt wird, daß er sich innerhalb und außerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen hat, welches die Stellung des Rechtsanwalts erfordern. Diese Achtung und Würde der Rechtsanwaltschaft, die als ein Organ der Rechtspflege eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat, sollte verlangen, dem seltsamen Vertreter ihres Standes kräftig auf die Finger zu klopfen.

Es wäre gut, wenn man sich bald zu geeigneten Schritten entschließen könnte. Wer schweigt, obgleich er kraft Amtes handeln müßte, macht sich schuldig, dem Ungeist Vorschub geleistet zu haben.

Lückes Wohnraum-Statistik ist lückenhaft

SPD-Abgeordneter Hauffe erägt den Minister,
Statistisches Landesamt Bayern entschuldigt sich:
Über Elendwohnungen wurde weggesehen!

H.B. - Nach den Grundsätzen der statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Wohnungsfehlbestandes, die von der SPD-Bundestagsfraktion von Anfang an in Zweifel gezogen worden waren, hat sich der Bayreuther SPD-Abgeordnete, Architekt Herbert H a u f f e, erkundigt. Hauffe, der dem Bundestagsausschuß für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung angehört, hat als Beispiel für das lückenhafte Zahlenmaterial, auf das sich Minister Lücke stützt, die Stadt Bayreuth gewählt, das über keineswegs allein steht. Abgeordneter Hauffe will von Wohnungsbauminister Lücke wissen:

1. Ist dem Herrn Bundesminister für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung bekannt, daß die Berechnung des statistischen Wohnungsfehlbestandes in der Stadt Bayreuth erheblich differiert, wenn man die Zahlen der Stadtverwaltung mit denen des Statistischen Landesamtes vergleicht?

2. Wie erklärt es sich der Herr Bundesminister, daß das Statistische Landesamt einen Fehlbestand von nur 37 Wohnungen (0,2 Prozent) ausgewiesen hat, während die Stadtverwaltung von über 1.800 fehlenden Wohnungen (7,52 Prozent) Fehlbestand ausgegangen ist?

3. Hält es der Herr Bundesminister für möglich, daß auch in anderen Stadt- und Landkreisen bei der Festlegung der sogenannten "weißen Kreise" von ähnlich strittigem Zahlenmaterial ausgegangen wurde?

Das Bayerische Statistische Landesamt, das von vielen Städten und Landkreisen wegen seines statistischen Zahlenmaterials angegriffen wurde, hat zu der Kritik erklärt, es habe keine Möglichkeit, das Wohnungsdefizit der kreisfreien Städte und Landkreise nach eigenen Vorstellungen zu ermitteln. Es sei an eine Formel gebunden, die in dem vom Bundesrat erlassenen Gesetz über die Wohnraumbewirtschaftung genau vorge-schrieben ist. Im Gesetz sei festgelegt, daß die Zahl der vorhandenen Wohnungen mit der Zahl sogenannter "Wohnungsanwärter" zu vergleichen ist. Aus der Differenz ergebe sich das rechnerische Wohnungsdefizit. Es sei durchaus möglich, erklärte das Statistische Landesamt, das Wohnungsdefizit in den Städten und Landkreisen nach verschiedenen Methoden zu ermitteln. Das Ergebnis falle je nach den Voraussetzungen, von denen man ausgehe, unterschiedlich aus. "Das ändert aber nichts daran, daß nach dem Willen des Gesetzgebers der Abwicklung des Lücke-Gesetzes eine ganz bestimmte, nämlich die von ihm vorgeschriebene Berechnungsmethode zugrunde gelegt werden muß". Unter anderem sei es nach der gesetzlichen Regelung ausgeschlossen, bei der Berechnung des Wohnungsdefizits die Zahl der E l e n d w o h n u n g e n zu berücksichtigen.

Das Statistische Landesamt räumt auch ein, daß in den Städten Würzburg und Kempten erst durch neuerliche Berechnungen ein Wohnungsdefizit von mehr als drei Prozent ermittelt worden ist. Bekanntlich wird bei einem Wohnungsdefizit von weniger als drei Prozent künftig auf eine Bewirtschaftung des Wohnraums verzichtet.

Vor entscheidenden Wahlen in Griechenland

Um die Zukunft der Demokratie
Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Am 27. Oktober dieses Jahres wird in Griechenland ein neues Parlament gewählt werden. Für ein Land des freien Westens sind Neuwahlen ein Ereignis des normalen politischen Tagesgeschehens. Für die Griechen jedoch stellen diese Wahlen einen Meilenstein in der politischen Geschichte der Nachkriegszeit dar. Die Art und Weise der Durchführung der Wahlen und ihr Ergebnis werden Klarheit darüber schaffen, ob der griechische Staat weiterhin unter die westlichen Demokratien zu zählen ist oder ob der fortschreitet auf dem Wege zu einer Diktatur unter dem Deckmantel des Scheinparlamentarismus.

Weg zur Scheindemokratie

Die Ereignisse der letzten zwei Jahre, die entscheidend zur Entstehung dieser Situation beitrugen, sind mehr oder weniger bekannt: Die letzten Parlamentswahlen in Griechenland vom Oktober 1961 wurden von der Opposition nicht als gültig anerkannt, sondern als Ergebnis von Fälschung und Gewalt bezeichnet. Der erbitterte Kampf der Opposition gegen das Regime Karamanlis, dem sich breite Kreise der griechischen Öffentlichkeit anschlossen, führte im Juni dieses Jahres zum Rücktritt der Regierung, nachdem diese nahezu acht Jahre lang das Land beherrscht hatte. Eine geschäftsführende Regierung wurde gebildet, die Neuwahlen für Oktober ausgeschrieben hat, d.h. zwei Jahre vor Ablauf der eigentlichen Legislaturperiode.

Der Mord an Lambrakis

Die Umstände, unter denen sich Karamanlis zum Rücktritt verstehen mußte, stürmten nicht nur die griechische Öffentlichkeit, sondern auch die der verbündeten westlichen Nationen; besonders die Labour-Partei in England verurteilte im Parlament und in der Presse das Athener Regime auf das heftigste. Der Mord an dem links-extremistischen griechischen Abgeordneten Lambrakis am 22. Mai in Saloniki machte das Maß voll und war entscheidend für den schließlichen Rücktritt. Inzwischen ist die Grenzlinie zu einem Politikum geworden, das auch im kommenden Wahlkampf eine bedeutsame Rolle spielen wird. Denn die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in dieser Sache führten zur Verhaftung eines Polizeipräsidenten aus Saloniki, dem die Anklage Anstiftung zum Mord vorwirft. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß der Mörder von Lambrakis vor seiner Tat mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung gestanden hatte.

Aufdeckung rechtsradikaler Organisationen

Gleichzeitig kam man verschiedenen rechtsextremistischen Untergrundorganisationen auf die Spur, die sich staatsfeindlichen Zwecken verschrieben hatten und völlig unkontrolliert ihren Zielen nachgehen konnten. Denn sie arbeiteten mit Eulenkunst, wenn nicht sogar mit Unterstützung der Regierungspartei und terrorisierten unter dem Deckmantel des Antikommunismus die politischen Gegner der Regierung, vor allem in ländlichen Gegenden. Durch ihr Einschreiten gegen ein Mitglied der Polizei hat die griechische Justiz ein außerordentliches Maß an Unabhängigkeit und Überparteilichkeit gezeigt und wieder einmal unter Beweis gestellt, daß sie das letzte Bollwerk der Demokratie in Griechenland

berstellt. Letzte Informationen aus Athen besagen, daß sich die Ermittlungsbehörden auf den Spuren eines ehemaligen Ministers befinden, der mit dem Mord an Lambrakis in Zusammenhang gebracht wird. Sollte sich der Verdacht als wahr erweisen, dann fände die Äußerung des Oppositionsführers Papandreu im griechischen Parlament eine volle Rechtfertigung. Papandreu sagte: "Die Regierung der ERE (die Partei von Karanlis) hat zum Mord angestiftet".

Kommende Wahlen sollen frei sein

Die geschäftsführende Regierung Pipinellis läßt den Justizbehörden völlige Freiheit bei dem Versuch, letzte Klärheit zu schaffen über die Hintergründe der blutigen Ereignisse in Saloniki vom 22. Mai. Im Übrigen bemüht sie sich, alle nur möglichen Vorkehrungen zu treffen, damit die kommenden Wahlen wirklich freie Wahlen sein werden. So hat sie u.a. angeordnet, daß alle Zivil-Präfekten und sämtliche Polizei- und Gendarmerie-Chefs durch hohe Gerichtsbeamte während des Wahlkampfes ersetzt werden. Damit gibt man zwar mittelbar zu, daß die Zusammensetzung des derzeitigen Behördenapparats keine Garantie für die Durchführung wirklich freier Wahlen gibt. Doch werden diese Maßnahmen alle diejenigen hindern, die versuchen sollten, auch bei diesen Wahlen den freien Entschluß der Wähler mit verfassungswidrigen Mitteln zu beeinflussen.

Wahlssystem noch nicht geklärt

Vor der Auflösung des Parlaments bleibt noch eine wesentliche Frage zu lösen, nämlich die des Wahlsystems. Die Opposition fordert die Verhältniswahl, weil sie allein allen Parteirichtungen gerecht wird und zu einer Zusammensetzung des Parlaments führt, die den wahren Willen des Volkes widerspiegeln würde. Die geschäftsführende Regierung hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Verhältniswahl vorsieht, allerdings eingeschränkt durch eine 15-Prozent-Klausel. Das bedeutet, daß zwar alle Direktmandate einen Sitz im Parlament gewinnen, daß aber bei der Verhältniswahl nur diejenigen Parteien einen Abgeordneten in das Parlament entsenden dürfen, die mindestens 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die ehemalige Regierungspartei, die im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt, fordert die Mehrheitswahl. Dieses System würde in den einzelnen Wahlkreisen zur Bildung geschlossener Gruppen führen, von denen die eine die andere majorisieren könnte, während die Verhältniswahl eine größere Zahl von Gruppen und Kandidaten mit sich brächte, wodurch sich die Möglichkeiten zur Ausübung von direktem Druck verringern würden.

Von dem Ablauf der Auseinandersetzungen um ein neues Wahlssystem wird auch das Schicksal der Regierung Pipinellis abhängen. Sollte ihr Gesetzesentwurf durchfallen, so würde sie möglicherweise zurücktreten, und eine neue geschäftsführende Regierung zur Durchführung der Wahlen wäre zu bilden. - Der entscheidendste Wahlkampf Griechenlands seit 1945 hat bereits begonnen.

Moskau - einmal ohne "große Politik"

Von Rudolf Hornig

Vor zwei Jahren begann es damit, daß in Moskau ein Club-Café der Jugend unter dem Namen ELITA eröffnet wurde. Inzwischen sind weitere Club-Cafés dazugekommen, die Namen wie MARS, KOWEJA und ROMANTIKA führen und in denen die Jugend nicht nur debattieren und verweilen, sondern auch tanzen kann und in denen man zu einer Tasse Kaffee Gebäck erhält. Auch leichte Getränke werden serviert.

Man will "ausgehen"

Daneben erlebt Moskau seit dem Vorjahr einen direkten Boom bei der Schaffung von abendlichen Restaurants, von Caféhäusern nicht nur für Jugendliche, von Speisehallen und von Speiseautomaten. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 300 solcher Gaststätten geschaffen und in diesem Jahr werden weitere 350 hinzukommen. Das ist für eine Weltstadt wie Moskau nicht viel, aber man kann, was jahrzehntelang nicht der Fall war, heute in Moskau am Abend ausgehen und man kann auch tagsüber sich irgendwo ein Getränk gönnen oder eine Speise zu sich nehmen - man ist nicht mehr ausschließlich darauf angewiesen, sich nur in der häuslichen Sphäre zu bewegen. Das ist für Moskau ein geradezu revolutionärer Fortschritt.

Systematische Einteilung

"Große Gaststätten", zunächst in den führenden Hotels, hat es in Moskau zwar immer gegeben, aber die Preise waren für den gewöhnlichen Sterblichen unerschwinglich und dienten der Bewirtung der offiziellen oder ausländischen Gäste. Jetzt läuft der Gaststätten-Boom unter dem Motto "Neuer Dienst für die Werktätigen". Zu Beginn dieses Jahres hat man sieben neue Typen von Gaststätten eröffnet, die stets für ein Wohngebiet von 6.000 bis 14.000 Bewohnern berechnet sind. In den Einkaufszentren dieser Wohngebiete werden Restaurants, Caféhäuser und Feinkostläden errichtet, damit die Käufer auch eine Möglichkeit erhalten, etwas zu sich zu nehmen, sich auszuruhen und sich mit Freunden zu unterhalten.

Diesem durchaus westlich anmutenden Gewohnheiten soll z.B. auf dem Komsomolzen-Platz eine Gaststätte dienen, die Platz für 450 Gäste hat, und neben der sich ein Speiseautomat und eine Erfrischungshalle für 350 Personen befinden wird. Der Komsomolzen-Platz wird auch ein Caféhaus erhalten, in dessen Erdgeschoss eine Art Stebbierhalle eingerichtet wird. Ein weiteres Projekt in der Sadova sieht den Bau eines dreistöckigen Etablissements vor.

Sogar Fisch- und Wildbretrestaurant

Etwas für Moskau ganz Ungewöhnliches entsteht in den Lenin-Bergen - ein Fisch- und Wildbretrestaurant für 750 Gäste, das mit einem Caféhaus für 60 Gäste und einer Bar für 70 Gäste verbunden sein wird. Andere große Projekte, die noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden, sehen Gaststätten mit 800 Plätzen und Caféhäuser mit 300 bis 400 Plätzen vor. Auch kleine Gaststätten und Caféhäuser errichtet man in der Nähe von Bauplätzen, damit die Bauarbeiter Gelegenheit haben, sich eine Erfrischung zu besorgen.